

Notizen

In einem gemeinsamen Brief mehrerer vatikanischer Kongregationen (Bischofs-, Klerus-, Ordens- und Missionskongregation) an alle Bischofskonferenzen und Ordensgemeinschaften wird noch einmal an die *Unvereinbarkeit des Klerikerstandes mit der Ausübung öffentlicher Ämter* erinnert (vgl. Can. 285, § 3). Der Brief trägt das Datum vom 25. März und wurde durch eine Meldung der amerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NC News Service bekannt (NC News Service 2. August). In dem Brief heiße es, die unglücklicherweise nicht seltenen Fälle, in denen Priester entgegen den Bestimmungen des Kirchenrechts öffentliche Ämter annähmen, seien eine Quelle wachsender Besorgnis des Heiligen Stuhls. Diese Flle stellten ein Ärgernis dar, würden Spaltung verursachen und das Priesterbild verunstalten.

Deutliche Kritik an der *Medienpolitik des Vatikans* userte Luitpold A. Dorn, Prsident der Vereinigung der beim Vatikan akkreditierten Journalisten, in einem „Kathpress“-Interview. Oberstes Kriterium der vatikanischen Medienpolitik sei die Überlegung, ob es diplomatisch opportun sei, mit einer bestimmten Sache an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Ausgangspunkt sei nie das Recht der Öffentlichkeit und der kirchlichen Gemeinschaft auf Information. Johannes Paul II. sehe zwar die Wichtigkeit der Medien und ziehe deshalb viele Sach- und Personalentscheidungen in der vatikanischen Medienpolitik an sich. Er richte sich dabei aber nicht in erster Linie nach sachlichen Kriterien.

Walter Bayerlein, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, hat sich besorgt über eine zunehmende *Verengung* des Raums „freier Initiativen des organisierten Laienapostolats“ in der Bundesrepublik geäußert. Satzungen würden wieder geändert, Pastoralrte wieder abgeschafft oder einfach nicht mehr einberufen. Ein „ausufernder“ Begriff der Pastoral, die zudem oft als „Merkmal ausschließlich kirchenamtlicher Zuständigkeit“ mißverstanden werde, verenge entgegen den Vorstellungen des Zweiten Vatikanums den Raum des Laienapostolats. In der katholischen Kirche scheine die „monologische Struktur“ zu wachsen, der synodale Dialog dagegen weithin erloschen zu sein.

Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse, warnte vor übertriebenem Pessimismus hinsichtlich der *Zukunft der Kirche in der Bundesrepublik*. Beim Jahresempfang der EKD in Bonn sagte Lohse, es helfe nichts, unter dem Eindruck gegenwärtiger Probleme eine Hochrechnung aufmachen zu wollen, die die Zukunft der Kirche verdüstert und mit vielen Wolken verhangen sehe. Der kritische Rückblick

zeige, daß geschichtliche Entwicklung sich niemals gradlinig, sondern in Wellenbewegungen vollziehe. Die Betrachtung der Geschichte lehre, „daß auf eine Abwärtsbewegung fast stets wieder eine andere Phase gefolgt ist, die neue Ansätze, vielleicht sogar echte Erweckung, jedenfalls aber unerwartete Ermutigung mit sich gebracht hat“. Lohse stellte allerdings auch fest, es sei kritische Besinnung geboten, ob Kirchen und Gemeinden auch künftig in der Lage sein würden, der kaum übersehbaren Flle von Diensten und Aufgaben nachzukommen, die sich im Lauf der letzten Generation herausgebildet hätten.

Eine „*Buddhistische Religionsgemeinschaft in Deutschland*“ haben Vertreter buddhistischer Gemeinden aus der ganzen Bundesrepublik in Hamburg gegründet. Für die etwa 20 000 deutschen und die 35 000 in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Anhänger des Buddhismus soll dieser Zusammenschluß auch als Plattform für verstärkte Kontakte zu anderen Religionsgemeinschaften und kulturellen Institutionen dienen. Mit dieser Gründung, der Verabschiedung einer Verfassung und eines buddhistischen Bekenntnisses und mit der Wahl eines leitenden Gremiums haben die Buddhisten in der Bundesrepublik damit auch die Bedingungen für eine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfüllt. Die rund 20 000 in der Bundesrepublik lebenden buddhistischen Vietnamesen haben der Gemeinschaft gegenüber zunächst nur einen Beobachterstatus.

Die evangelisch-katholische „*Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung*“ hat an die im Bundestag vertretenen Parteien appelliert, in einer gemeinsamen Entschließung ihren Willen zu bekräftigen, *Rüstungsexporte der Bundesrepublik in Entwicklungsländer* nachhaltig zu drosseln und sich dafür einzusetzen, daß eine weitere Aufrüstung in den Entwicklungsländern vermieden werde. Es sei ethisch geboten und auch klger, in die Überwindung der Unterentwicklung zu investieren, anstatt später deren Folgen durch Militärhilfe und Rüstungsexporte zu bekämpfen. Die Entwicklungspolitik solle sich in den Dienst der Friedensförderung stellen und mehr als bisher Maßnahmen für die rmsten Bevölkerungsschichten unterstützen. Die GKKE empfiehlt eine Neufassung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, eine stärkere Mitwirkung des Bundestages an der Kontrolle der Rüstungsexporte sowie eine Einschränkung der öffentlichen Werbung für Rüstungsgüter.

In Wien fand die erste deutschsprachige Konferenz des *kumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa* statt. In einer Abschlulerklrung sprechen sich die Teil-

nehmerinnen für ein „Konzil des Friedens“, wie es auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf vorge schlagen worden war, und eine Länder- und Konfessionsgrenzen übergreifende Zusammenarbeit aller christlicher Frauen für den Frieden aus. Man wolle ein „friedlicheres, gerechteres, geeinteres Europa“ und verstehe die Zusammenarbeit im Rahmen des kumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa als einen Beitrag zu mehr Frieden und Gerechtigkeit und zur Bewahrung der Schöpfung auf diesem Kontinent. Man verstehe sich zwischen zwei Traditionen stehend: dem Christentum und der Frauenbewegung. In beiden Traditionen erkenne man Elemente, die sie „einerseits beschränken, andererseits befreien“. Bereits 1965 regten der kumenische Weltrat der Kirchen und das vatikanische Sekretariat für die Einheit der Christen zu einem Treffen von christlichen Frauen an. Erst 1982 kam es in Gwatt, Schweiz, zur Gründung des kumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa, nachdem ähnliche Gruppen in Afrika, Asien, den USA und in der Karibik bereits länger bestehen. Alle vier Jahre findet ein Gesamttreffen statt. In der Zwischenzeit organisieren sieben Regionen Konferenzen, wie dies nun in Wien geschah.

Die *Friedensdiskussion* hat in der katholischen Kirche der USA einen neuen Auftrieb erhalten. Angesichts neuerer Entwicklungen im Rüstungsbereich drängen auch Bischöfe darauf, auf dem einmal eingeschlagenen Weg in der Friedensfrage fortzufahren, um so die Anliegen des Friedenshirtenbriefs von 1983 nicht verbleiben zu lassen. In einer Botschaft der vier Bischöfe des Bundesstaates Maryland aus Anlaß des 40. Jahrestages des Abwurfs der Atombombe wird darauf verwiesen, daß die US-Regierung die Bedingungen, zu denen die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief die Abschreckungs doktrin tolerierten, nicht eingelöst habe, so etwa den Stopp von Tests und der Produktion von Atomwaffen. Der Vorsitzende von Pax Christi in den USA, Bischof Thomas Gumbleton von Detroit, sprach sich unterdessen für eine Aktualisierung des Hirtenbriefes aus. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Wirtschaftshirtenbrief und der darin geplanten verstärkten Auseinandersetzung um die Militarisierung der US-Wirtschaft spielt SDI (Strategic Defense Initiative) zur Erforschung neuer Weltraumwaffen der Reagan-Regierung eine zunehmend wichtige Rolle.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Ksel-Verlages, München, und der Buchhandlung Herder, München, bei.